



Regierungsratsbeschluss vom 25. August 2026

Schriftliche Anfrage Barbara Heer betreffend «Rat für Armutsfragen» in Basel-Stadt

P265233

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Regierungsrat erachtet den Einbezug von Armutsbetroffenen als wichtigen Bestandteil einer wirkungsvollen Armutsbekämpfung. Der Kanton verfügt mit der Kundenkonferenz Sozialhilfe (KUKO) bereits über ein etabliertes Gefäss, in dem die Perspektiven, Erfahrungen und konkreten Anliegen von Armutsbetroffenen zur Sozialhilfepraxis zielführend eingebracht werden können. Daneben bestehen weitere Strukturen wie Kundenzufriedenheitsbefragungen der zuständigen Verwaltungsstellen sowie private Angebote. Die Schaffung eines zusätzlichen permanenten Partizipationsgremiums lehnt der Regierungsrat ab. Der Aufbau eines solchen Gremiums wäre mit erheblichem organisatorischem und personellem Aufwand verbunden, würde jedoch nur einen begrenzten Beitrag zur Partizipation leisten.

